Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design
Herausgeber: Hochparterre
Band: 8 (1995)
Heft: 9

Artikel: Die Gestaltungsverwalter
Autor: Locher, Adalbert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-120203

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Gestaltungsverwalter

Vierundzwanzig Kantonsbaumeister und eine Kantonsbaumeisterin verwalten zusammen einen Jahresetat von rund eineinhalb Milliarden Franken. Sie bauen damit Spitäler, Schulen, betreiben Schwimmbäder und Gewächshäuser. Kurzum: Sie sind verantwortlich für die Hochbauten der Kantone. Von Haus aus Architekten sind sie nun einflussreiche Bauherrenvertreter und machen im besten Fall Politik: Kulturpolitik des Bauens.

von Adalbert Locher (Text)
und Christian Farner (Illustrationen)

Hochparterre wollte wissen, wer diese Chefbeamten sind. Der erste Teil dieser Reportage fasst die Antworten auf eine Umfrage zusammen, zu der wir die Kantonsbaumeister gebeten haben. Der zweite Teil berichtet von zwei Vertretern ihrer Berufsgattung aus Appenzell Ausserrhoden und aus Bern. Der dritte Teil ist ein Gespräch mit Carl Fingerhuth, in dessen Amtszeit Basel zur Stadt der neuen Architektur wurde.

Ehemalige Architekten

«Architecte de l'Etat» heisst er in der Waadt, «Architecte cantonal» in den Kantonen Freiburg, Jura, Neuenburg und im Wallis. Staatsarchitekt, Kantonsarchitekt – anders als das deutschschweizerische «Kantonsbaumeister» oder das Genfer «Directeur des bâtiments» sagen diese welschen Bezeichnungen, womit der Titular zu tun hat: mit Architektur. Die meisten sind Architekten, die nun ins Lager der Bauherren gewechselt haben. Als Vorsteher des Hochbauamts sind sie bei kleineren Geschäften dem Baudirektor, bei grösseren der Regierung unterstellt. Je nach Kantonsgrösse führen sie einen Klein- oder Mittelbetrieb, im Kanton Bern beispielsweise mit rund 40 Verwaltungsangestellten, und sind verantwortlich für die Planung und Erstellung staatlicher Bauten, den Unterhalt und technischen Betrieb der Staatsgebäude. Sie beraten auch Direktionen in Hochbaufragen.
Unter den Kantonsbaumeistern gibt es die soliden Verwalter, die für ihren Kanton bauen, was er braucht: Nutzbauten. Der Zweck heiligt oft die architektonischen Mittel, wenn es um nichts weiter als ums Funktionieren geht. Es gibt aber unter ihnen auch Persönlichkeiten, die über die Jahre das Verwalten gestalten und ihre Aufgabe als (kultur-)politische Pflicht begreifen. Sie mischen sich ins politische Kräftemessen ein und sorgen für Kontinuität – Regierungsräte kommen und gehen, der Kantonsbaumeister bleibt. Der Berner Urs Hettich etwa, einer der Amtsältesten, prägt die Berner Baupolitik seit 1973, der Stadtbasler Kantonsarchitekt (wie er dort genannt wird) Carl Fingerhuth hat Basels Baupolitik von 1979 bis 1993 stark beeinflusst. Doch ein Generationenwechsel ist jetzt im Gang: jeder dritte Kantonsbaumeister ist erst fünf Jahre und weniger im Amt.

Jahresbudget: 5 bis 300 Millionen Franken

Die Summen, welche die Kantonsbaumeister treuhänderisch in gebaute Umwelt verwandeln, sind beträchtlich. Laut der HP-Umfrage verwalteten sie 1994 rund eineinhalb Milliarden Franken für Unterhalt, Betrieb und Neubau von Gebäuden. Über weitere Hunderte von Millionen Franken anderer Departemente sind sie beratend tätig, in Bern zum

Beispiel für jährlich rund 100 Millionen Franken. Spitzenreiter mit einem Jahresbudget von rund 300 Millionen Franken für Hochbauten der Baudirektion ist der Kanton Zürich. Im Mittelfeld liegen Kantone wie der Aargau (80 bis 90 Mio.) oder Solothurn (60 bis 80 Mio.). Weitab von solchen Summen sind kleinere Kantone oder solche in wirtschaftlichen Randregionen. Im Jura zum Beispiel rund fünf Millionen. Unter den kleinen Kantonen bildet Zug die Ausnahme mit Jahresbudgets zwischen 30 und 40 Millionen Franken.

Tendenz stagnierend bis steigend

Die Ausgaben haben in den Neunzigern abgenommen oder stagnieren, mit Ausnahme jener Kantone, in denen besondere Vorhaben anstehen. Der Kanton Neuenburg zum Beispiel budgetiert jährlich 15 Millionen Franken, will aber zusätzlich bis zum Jahr 2000 120 Millionen Franken in die Erweiterung seiner Universität investieren.
Einzelne Kantonsbaumeister sagen steigende Budgets voraus und fordern eine Umverteilung der verfügbaren Mittel. Denn in den meisten Kantonen wird für Neubauten viel, für Unterhalt und Umnutzung wenig ausgegeben. So etwa im Kanton Tessin, wo 1994 für 70 Millionen Franken neu gebaut wurde, für Unterhalt jedoch nur 20 Millionen und Umbau 6,5 Millionen ausgegeben wurden. Für Unterhaltsbudgets lasse sich eben kaum politische Unterstützung finden, während es sich mit Neubauten profilieren lässt – so erklärt etwa der Walliser Kantonsbaumeister Bernard Attinger das Ungleichgewicht. «Für Unterhalt haben wir zuwenig Geld, das wird sich mit um so grösseren Folgekosten rächen.» Das Wallis wendet jährlich rund vier Millionen für Unterhalt auf, investiert jedoch zwischen zwanzig und dreissig Millionen in Neubauten. Gesamtschweizerisch wird von den Budgets nur dreissig Prozent für den Unterhalt ausgegeben, was nach Ansicht des Berner Kantonsbaumeisters Urs Hettich deutlich zuwenig ist. Hettich gehört zu den frühen Warnern und hat die Konsequenzen bereits durchgesetzt. Vom kantonalberner Jahresbudget von 100 Millionen Franken werden für werterhaltende Massnahmen der rund 2000 Gebäude etwa 50 Millionen eingesetzt. Die Verdoppelung der Bausubstanz in den letzten vierzig Jahren, so Hettich, werde die Investitionsfolgekosten derart steigen lassen, dass es mancherorts zu Budgetengpässen kommen werde.

Kleine Kompetenzen, grosse Wirkung

So gross die Summen sind, für welche die Kantonsbaumeister bauen, so klein sind ihre eigenen finanziellen Spielräume. Urs Hettich kann über 200 000 Franken pro Einzelgeschäft selbst entscheiden. Das ist mehr als anderswo: In den grösseren Kantonen liegt die Grenze bei 100 000 Franken pro Geschäft, in kleineren muss der Kantonsbaumeister schon ab 10 000 Franken oder darunter den Departementschef fragen. Dies drückt die meisten Kantonsbaumeister jedoch nicht wirklich, da ihr Handlungsspielraum im Rahmen der vorgegebenen Budgets relativ gross ist. Eher reiben sie sich an politischem Widerstand, das für richtig erkannte in die Tat umzusetzen. Der Spielraum eines Kantonsbaumeisters liegt auch weniger bei seinen Finanzkompetenzen als bei qualitativen Kriterien und der von ihm geprägten Bewirtschaftungspolitik. Dort allerdings hat er grosse Wirkung. Die Art und Weise, wie z. B. die gesprochenen Kredite realisiert werden, ob etwa Wettbewerbe ausgeschrieben werden, liegt in seinem Ermessen.

Vorbilder ohne Leitbilder

Über die üblichen Vorschriften hinaus sind verwaltungsintern nur in den wenigsten Kantonen qualitative Massstäbe verbindlich formuliert. Detaillierte Unterlagen zu einer eigentlichen (Amts-)Politik in Teilbereichen wie Ökologie, Wettbewerbswesen etc. erhielt Hochparterre nur vom Hochbauamt des Kantons Bern. In einigen Kantonen gibt es Absichtserklärungen der Regierung zur Baupolitik. Im Kanton Appenzell Ausserrhoden zum Beispiel hat der Regierungsrat ein Leitbild zur Entwicklung der Region gutgeheissen. Aufgemacht als einladender Faltprospekt zuhanden der Bevölkerung. Im Luzerner Regierungsprogramm 1992 – 95 steht: «Wir wollen die Bausubstanz des Kantons soweit als möglich erhalten, gleichzeitig aber auch die zeitgenössische Architektur fördern (Wettbewerbe) und auch die Umgebung in die jeweiligen Projekte miteinbeziehen. Unsere Bauten sollen architektonisch und ökologisch wegweisend sein. Sie dürfen auch repräsentieren. Gute Architektur und ökonomische Lösungen schliessen sich nicht aus. Schon bei Planung und Realisierung gilt unser Augenmerk den später anfallenden Unterhaltsarbeiten.»
Mit Massnahmen wie Merkblättern für ökologisches Bauen, gezielter Unterhaltsplanung, Wettbewerben etc. setzt der Luzerner Kantonsbaumeister Urs Mahlstein das Regierungsleitbild um. Andernorts fehlen solche Zielsetzungen der Regierung, und der Kantonsbaumeister hat sich selbst zu helfen. Über persönliche Leitbilder förderte die HP-Umfrage allerdings nur rudimentäre Konzepte zutage. «Natürlich gelten für uns die (Raumplanungs-)Richtpläne und alle Bau- und Planungsgesetze. Aber damit ist noch kein gutes Bauwerk gesichert», schreibt beispielsweise der Zürcher Kantonsbaumeister Paul Schatt.
Die Zurückhaltung vor bindenden Leitvorstellungen wird auch mit der bereits bestehenden Regelungsdichte begründet. Es sei verfehlt zu glauben, ein «Funktionär» könne mit dem Zauberstab die Qualität der Architektur des Kantons auf einen Schlag verbessern, erklärt Philippe Donner (Neuenburg) das Fehlen eines Leitbildes in seinem Kanton. Dies geschehe viel eher mit dem Erscheinen einer neuen Generation junger Architekten, die gut ausgebildet und sich ihrer kulturellen Rolle bewusst seien. Als verlässlichstes Mittel, die Qualität zu fördern, werden Architekturwettbewerbe angesehen, wobei der Teilnehmerkreis als oft zu eng kritisiert wird. Nebst der Gestaltung wurden Ökologie, Wirtschaftlichkeit und Nutzungsflexibilität als Entscheidungsmerkmale erwähnt. Umnutzen, verdichten oder umbauen hat in verschiedenen Kantonen Priorität vor neu bauen.

Neun Fragen an die 19 Kantonsbaumeister

1. Wie sind Ihre Finanzkompetenzen geregelt?
2. In welcher Höhe bewegt sich Ihr Jahresbudget?
3. Stellen Sie Tendenzen der letzten Jahre fest?
4. Wie verteilt sich Ihr Budget auf Hoch- und Tiefbau?
5. Bestehen qualitative kantonale Leitbilder?
6. Wenn nein, welches sind Ihre persönlichen Leitbilder?
7. Können Sie Beispiele nennen, wo sich der Leitbildgedanke niedergeschlagen hat?
8. Welche Systemschwächen erschweren Ihnen die Erfüllung eines allfälligen Leitbildes?
9. Mit welchen Massnahmen wären diese zu beheben?

Die Kantonsbaumeister

Aargau: Fritz Althaus, Architekt SIA, im Amt seit 1982
Appenzell: AR Otto Hugentobler, Architekt SIA, 1986
Basel-Land: Alfred Oppikofer, Architekt SIA, 1992
Basel-Stadt: Fritz Schumacher, Architekt SIA, 1994
Bern: Urs Hettich, Architekt SIA/BSA, 1973
Freiburg: Charles-Henri Lang, Architekt SIA, 1990
Genf: Emmanuel Cattani, Architekt SIA, 1995
Glarus: Ruedi Jenny
Graubünden: Erich Bandi, Architekt SIA/BSA
Jura: Laurent Theurillat, Architekt SIA, 1990
Luzern: Urs Mahlstein, Architekt SIA, 1991
Neuenburg: Philippe Donner, Architekt SIA, 1984
Nidwalden: Ernst Huser
Obwalden: Walter Trutmann, 1976
Solothurn: Herbert Schertenleib, Architekt SIA, 1978
Schaffhausen: Katharina Müller, Architektin SIA, 1991
Schwyz: Alfred Gubler, Architekt SIA, 1989
St.Gallen: Arnold E.Bamert, Architekt SIA, 1982
Thurgau: Hans Rudolf Leemann, Architekt SIA/BSA, 1975
Tessin: Renato Cometta
Uri: Joe Grüninger, 1977
Wallis: Bernard Attinger, Architekt SIA/BSA, 1979
Waadt: Jean-Pierre Dresco, Architekt SIA/BSA, 1972
Zug: Herbert Staub, Architekt SIA, 1995
Zürich: Paul Schatt, Architekt SIA, 1972–1995

Otto Hugentobler: «Alle sollen sich als Sieger fühlen.»

Im kleinen Kanton Appenzell Ausserrhoden wird erstaunlich intensiv über Architektur debattiert – nicht zuletzt dank Kantonsbaumeister Otto Hugentobler. Die eine und andere seiner Ideen taucht im Regierungsleitbild wieder auf, wo von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber auch von Baukultur die Rede ist.

Mit seinen zehn Mitarbeitern betreut Hugentobler rund 120 Gebäude in 20 Gemeinden. In den letzten zehn Jahren hat der Kanton nur zweimal neu gebaut: die erste Etappe der Kantonsschule Trogen und den Werkhof des Tiefbauamtes in Gais. Grössere Brocken sind zurzeit die Spitalerweiterungen in Herisau und Heiden. Drei Mitarbeiter kümmern sich um Neu- und Umbauten, die andern um Bereiche wie Subventionen, Zivilschutz, Wohnbausanierung in Berggebieten. Ausserdem berät das Hochbauamt Gemeinden und Private, etwa punkto Energie und Ortsbild. Als Subventionsgeber hat der Kanton bei Gemeindeprojekten mitzureden und sucht daher möglichst frühzeitig einbezogen zu werden. Die Gemeinden haben laut Hugentobler in Ausserrhoden eine sehr starke Autonomie. Ebenso wichtig sind ihm deshalb die persönlichen Kontakte, zum Beispiel mit den Gemeindehauptleuten, die er alle kennt. So sucht er direkt zu überzeugen – für einen pfleglichen Umgang mit bestehender Substanz, für eine zeitgenössische Baukultur. Dass dies, vor der Interessenpolitik von Investoren etwa, blauäugig sein könnte, lässt Hugentobler nicht gelten. Nur mit Information und «Aufklärung» liessen sich schlussendlich Gesetze einführen, die das Volk akzeptiert.

Öffentlichkeitsarbeit

Noch vor den Zwang durch das Gesetz stellt Hugentobler die freiwillige bessere Einsicht. Öffentlichkeitsarbeit ist daher ein bewusst gepflegter Bereich des Hochbauamtes. Die ruhige, fast bedächtige Art des Chefs kommt offenbar an. Vielleicht weil man spürt, dass dieser Beamte auch mit dem Herz bei der Sache ist, wenn im Kanton von Architektur und dem Umgang mit Natur und Landschaft die Rede ist. Die Rede davon ist beispielsweise alle vierzehn Tage in der «Appenzeller Zeitung», mit Themen wie «Bauen mit der Natur», «Neues zu Altem dazugebaut», «Siedlungsentwicklung steuern – ein Lösungsansatz» (über die Appenzeller Architekturkritik war in HP 8/93 zu lesen). Hugentobler hält die Fäden zu den Autoren in der Hand – inzwischen sind über fünfzig Beiträge erschienen. Ein anderes Beispiel: Mit den Architekten Piet Kempter und Paul Knill führte er diesen Sommer «4 Besichtigungen vor Ort» durch. Ein Altersheim, eine leerstehende Fabrik, ein Warenhaus, eine Sporthalle waren Ausgangspunkte zu Gedanken über Konstruktion, Gestalt, Nutzung und Ort. Diese vier Wörter waren auch schon programmatisch bei der «Aktion ARchitektur» vom letzten Jahr. Mit einer Sonderausstellung und Begleitveranstaltungen wurde damals versucht, den Begriff «Qualität» eines Gebäudes zu erörtern. «Gerade heute, wenn man von Deregulierung spricht und vorschriftsloses Bauen meint, droht das Verständnis für die Gesamtentwicklung vor den Einzelinteressen verlorenzugehen. Positive Kritik und Lösungsansätze sind gefordert», hiess es angriffig im Begleitkatalog.

Dorfbauspiel

Ein Lösungsansatz hiess zum Beispiel «Dorfbauspiel». Das Modell des Dorfes Stein AR im Massstab 1 : 250 hat ermöglicht, reale Bauabsichten auszuprobieren. Es habe sich gezeigt, dass die Besprechung der baulichen Veränderung am Modell für Laien bedeutend besser nachzuvollziehen sei als auf Planunterlagen. Was einstmals unter dem Schlagwort «demokratische Planung» oft und gern Rhetorik blieb – hier wird mit kleinen pädagogischen Schritten an den Voraussetzungen dazu gearbeitet. Ob alle Zonenpläne bewilligt würden, wenn eine mögliche Bebaubarkeit im Modell ausgewiesen werden müsste, war bei der «Aktion ARchitektur» eine oft gehörte Frage. Erfreulich, dass das «Dorfbauspiel» fortgesetzt wurde, und zwar auf höchster politischer Ebene. Das Projekt «Ortsbild und Baukultur» des regierungsrätlichen Entwicklungskonzeptes für den Kanton postuliert die Verpflichtung der Gemeinden, ein Modell im Bereich der Bauzonen bereitzustellen – um bauliche Vorhaben besser überprüfen zu können.

Weitere Projekte aus dem Leitbild des Kantons sind «Verdichtete Bauformen zum Wohnen und Arbeiten», «Nutzungsdurchmischung in den Gemeinden» oder «Haushälterischer Umgang mit dem Boden». Da heisst es unter Massnahmen etwa: «Der Kanton unterstützt Bestrebungen, welche der Nutzungsentmischung entgegenwirken», oder «Die Gemeinden fördern das Wachstum nach innen bzw. die verdichtete Bauweise und beachten mögliche Beeinträchtigungen des Orts- und Landschaftsbildes.» Mit dem Nachweis der Wirkung seines didaktischen Tuns ist Hugentobler vorsichtig. Er nennt zwar ein Beispiel, wo architektonische Qualität dank öffentlichem Druck gehoben wurde, möchte es aber nicht veröffentlicht haben. Es gehe nicht darum, Erfolge zu plakatieren und damit den Dialog zu erschweren, sondern darum, mit Bauherren, Benützern und Betroffenen Lösungen zu finden, dass sich alle als Sieger fühlen.

Hochparterre unternimmt am 14. Oktober eine Leserreise ins Appenzellerland. Genauere Informationen und den Anmeldetalon finden Sie auf Seite 47.

Urs Hettich: «Bald doppelt so viele Irrenhäuser?»

Erst fünfunddreissig, wurde Urs Hettich 1973 Berner Kantonsbaumeister. Militärpilot, Entwicklungshelfer, Warner und Verwalter – der frühere Architekt passt nicht ins Klischee eines Beamten.

Er ist ein Grenzgänger. Nicht einer, der ins Risiko verliebt ist, sondern der es so genau als möglich zu berechnen trachtet. Das kann auch mal schiefgehen – bei einem Absturz zog sich der Helikopterpilot Urs Hettich eine Rückenverletzung zu. Die Gratwanderung im Amt – «ein Chefbeamter ist nicht einfach Befehlsempfänger» – hat er bisher richtig kalkuliert. Weder hat er sich je grob verplant, noch die Toleranz von Chef oder Chefin überschätzt. Mit Transparenz sei fast alles möglich, sogar die offene Bewerbung zum Chef des Amtes für Bundesbauten. Ein anderer kam zum Zug, Hettich blieb.

Begabter Kommunikator

Nach seiner Auffassung unterziehen sich viele Kantonsbaumeister vorschnell dem Willen des Chefs, statt, wie es «ihr Recht und ihre Verpflichtung» sei, «Strategien des Umgangs mit baulichen Produkten oder mit bestehender Bausubstanz» vorzuschlagen. Hettich ist nicht nur Organisator, der mit seiner «Matrix-Organisation» – einer hierarchisch flachen, vernetzten Verwaltungsstruktur, die er bei Amtsantritt eingeführt hat – das Amt mit einem Minimum an Personal führt, sondern auch ein begabter Kommunikator. Mit gestanzten Sätzen weiss er das Erkannte mitzuteilen. Das zu Erkennende, zu Beginn bloss vermutet, sucht er mit mathematischen Modellen zu erhärten und damit kommunizierbar oder auch glaubhaft zu machen. «Wenn ich mich nicht mehr loyal verhalte, speit mich das System glatt aus.» Und so kalkuliert er auch seinen Widerstand gegen das neue Frauenspital, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, ohne das Rollenspiel zu missachten. Das heisst: Die Kritik läuft parallel zur Planung, solange der Point of no return nicht erreicht ist. Das Spitalprojekt, vom Berner Stimmvolk vor zwei Jahren bewilligt, sei als Neubau heute nicht mehr nötig und auch finanziell schwer zu verkraften. Die Rahmenbedingungen hätten sich geändert. Die Folgekosten seien auch bei diesem Projekt viel zu wenig bewusst gemacht worden. Volksbeschluss hin oder her – Hettich scheut sich nicht, seiner Chefin, Regierungsrätin Dori Schaer, diesen Standpunkt darzutun. Wobei es auch diesmal, wie so oft, zu spät sein dürfte.

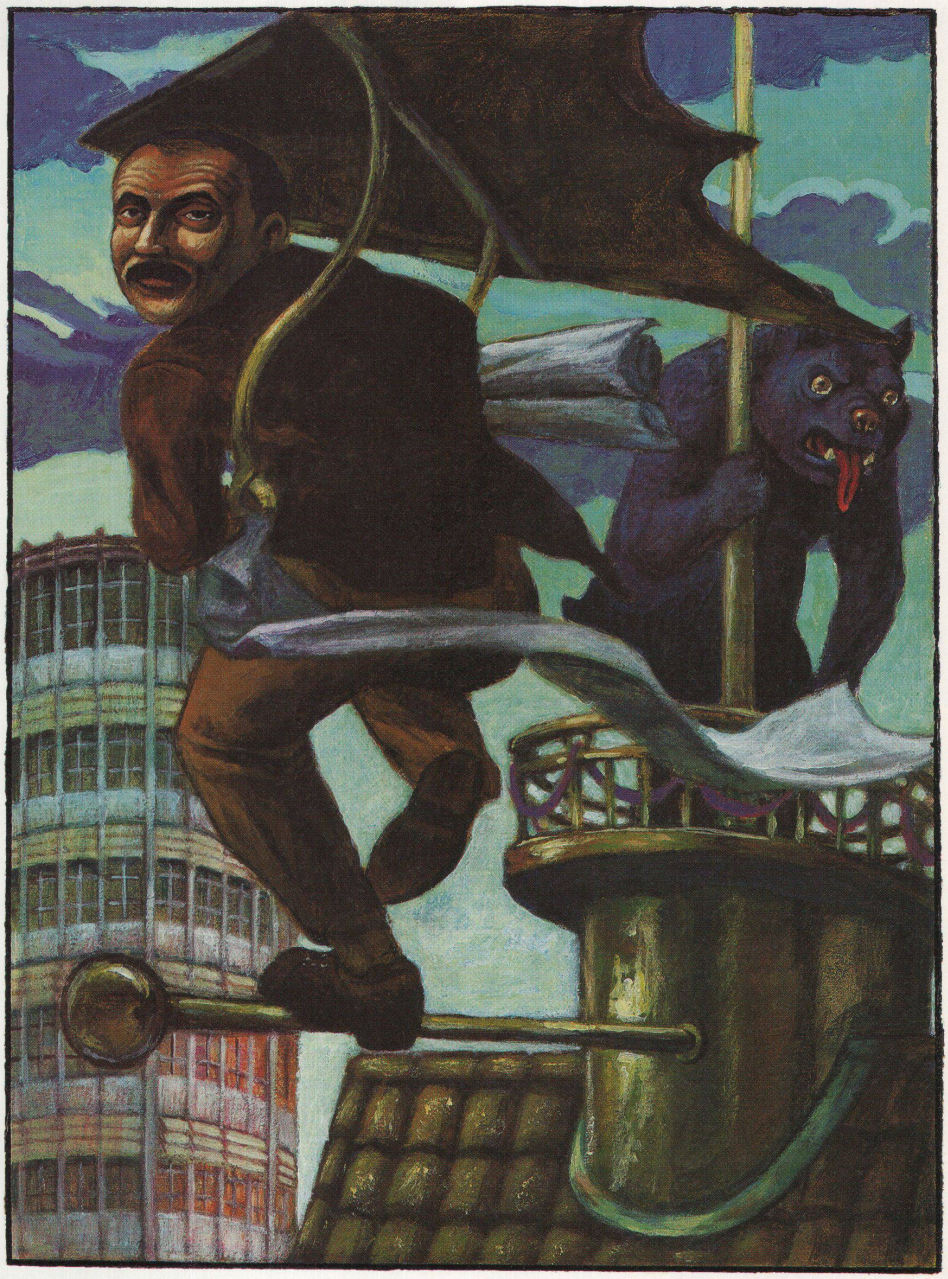
Notbremse Baustopp

Dass Hettichs Warnungen fast ungehört verhallten, besagt ein Blick auf die kommenden Budgets: Hettich plant, was das Zeug hält. Zwar läuft zurzeit ein zweijähriges Moratorium für Neubauten – aber damit werden Projekte nur hinausgeschoben, nicht beerdigt. Hettich zeigt ein Säulendiagramm: Demnach steigt das Budget der Jahre 1998/99 gegenüber heute drastisch an, um nicht weniger als fünfzig Prozent, sofern alle Projekte gebaut würden. Projekte übrigens, die fast alle aus Wettbewerben hervorgingen.

Die alternativen Strategien zum Neubau heissen bewirtschaften des Vorhandenen, stillegen oder rückbauen (Wiederverwerten der gebrauchten Materialien nach dem Abriss). Bewirtschaften lässt sich das auf die Direktionen verteilte Staatseigentum allerdings nur, wenn die verschiedenen Ämter nicht auf Besitzstandwahrung machen. Um Barrieren abzubauen und übergreifende Lösungen zu suchen, trifft sich die Arbeitsgruppe RAUS (Räumliche Unterbringung Staatlicher Institutionen) regelmässig. In ihr sitzen Bauverantwortliche aller Direktionen. Das führte dazu, dass das Meliorationsamt in einer früheren landwirtschaftlichen Schule untergebracht wurde statt extern eingemietet. Ersparnis: rund eine Million Franken Miete pro Jahr. Umlagern von Nutzungen statt Neubauen wurde auch bei der Unitobler praktiziert: Statt eines (geplanten) Neubaus auf dem Viererfeld wurde die ehemalige Schokoladenfabrik an der Länggassstrasse um- und ausgebaut (HP 11/93).

Schwimmbäder schliessen

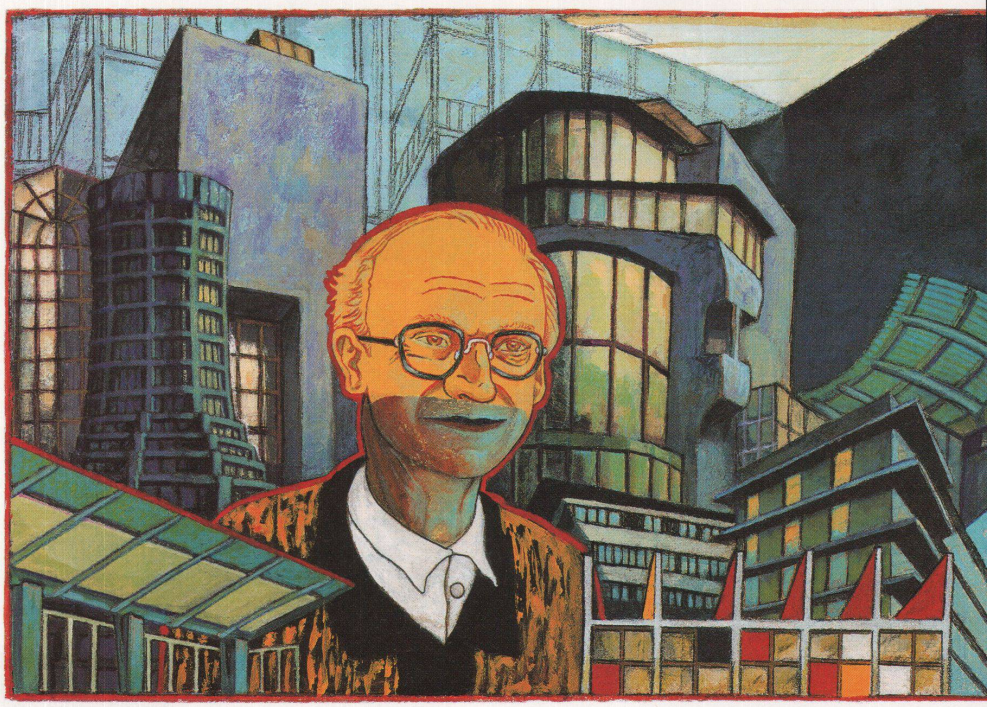
Auch Bedarfswandel und Betriebsaufwand werden von Hettich und seinen Leuten analysiert. Am Anfang steht jeweils ein Verdacht, es folgt Datener-



hebung und Analyse, am Schluss steht die Handlungsempfehlung an die Politiker. Braucht es 36 kantonale Schwimmbäder im Kanton Bern? Nachdem Gemeinden zuhauf Bäder gebaut haben, war die Antwort in sechs Fällen Nein – die Bäder wurden stillgelegt oder zu Turnhallen umfunktioniert. Wie viele Gartenschauhäuser braucht der Kanton? Nicht alle dieser Energieschleudern sind durch Bildungszwecke zu rechtfertigen. Hettich schlug vor, zwei der drei grossen Schauhäuser des Botanischen Gartens abzubrechen – sehr zum Unwillen einiger Liebhaber des tropischen Halbschattens. «Das ist natürlich nur ein Testfall, es geht nicht darum, den Staatshaushalt mit dem Abbruch eines Tropenhauses zu sanieren», meint Hettich, und setzt auf gebündelte Massnahmen.

Spätere Generationen bezahlen Schulden

Allzuviel Zeit bleibt ihm nicht mehr. «Ich bin jetzt 58. Ich schöpfe das Rollenspiel aus, soweit es das System akzeptiert. Ich komme aber auch an Grenzen, irgendwo muss man deutlich werden, sonst ist es eines Tages zu spät.» Resignation ist dabei keine Spur herauszuhören, schon eher Radikalität gepaart mit Weisheit. Denn, soviel ist Hettich klar, es liegt kein böser Wille vor, wenn in den letzten vierzig Jahren der Gebäudebestand der Schweiz verdoppelt wurde. Dies allerdings so fortzusetzen, macht dem Vater von vier Kindern Angst und empört ihn: «Die kommende Generation wird wenig zu gestalten, aber viel zu bezahlen haben an heute aufgehäuften Schulden. Die Weiterführung eines Wachstums von drei Prozent führt zur Verdoppelung aller Kennwerte innerhalb von 25 Jahren; wenn wir uns nicht etwas einfallen lassen, werden im Jahr 2020 doppelt so viele Autos, doppelt so viele Irrenhäuser, aber sicher nicht doppelt soviel Lebensqualität das Resultat sein.»



Carl Fingerhuth: Architektur ist Politik

Carl Fingerhuth (55), Wahlbasler aus Zürich, hat als Kantonsbaumeister von 1979 bis 1993 die Baupolitik der Stadt Basel geprägt. Eine mittlere Architektengeneration mit Büros wie Alder, Herzog/de Meuron, Gmür, Morger/Degelo hat sich unter seiner Ägide einen Namen gemacht – Basel ist heute die Architekturstadt der Schweiz. Vor zwei Jahren trat Fingerhuth zurück, er ist heute Lehrbeauftragter an verschiedenen Hochschulen. Adalbert Locher hat mit ihm über Architekturpolitik gesprochen.

Herr Fingerhuth, Sie betrachten die Architektur einer Stadt als politisches Thema. Was waren denn die Hebel Ihrer Politik? Das Anliegen Architektur ist rasch formuliert, aber mit wessen Hilfe haben Sie es umgesetzt?

Umgesetzt wird es von den zuständigen Stellen, sei es vom Regierungs- oder vom Stadtrat. Aber es braucht darüberhinaus ein Netzwerk. Der einzelne Regierungsrat, der Kantonsbaumeister oder einige gute Architekten können das Anliegen Architektur in einer Stadt oder in einem Kanton nicht zum Tragen bringen. Es muss ein Netzwerk entstehen, das auf dem kulturellen Konsens beruht, dass die Architektur in einer Stadt wichtig ist. Da sind die Voraussetzungen in einem Stadtstaat günstiger als in einem Kanton, der ländlich geprägt ist, oder in einem Gebiet, das Angst vor dem Anderssein hat.

Eine Rolle spielt auch der begrenzte geografische Raum einer Stadt wie Basel, ihre Bautraditionen...

Es spielen viele Dinge mit. Es ist sicher, dass der Puritanismus bei uns zu einer kontinuierlichen Stadtentwicklung führt und man keine laute Architektur bekommt. Aber es ist auch eine Situation, welche das Suchen nach einem Ausdruck unserer Zeit erschwert. Kultur heisst, gewisse Werte zu pflegen, und für die Werthaltungen Bilder zu suchen. Die Suche nach den Bildern dieser Werthaltungen ist natürlich in der Stadt intensiver als auf dem Land. In einer lebendigen Stadt ist diese Suche ein kulturelles Bedürfnis. Der Regierungsrat, der mehr macht, als seine Wiederwahl zu erreichen, muss sich auch für diese Bilder und Werthaltungen in der Architektur und im Städtebau engagieren.

Ist das eine Basel-typische Forderung?

Das ist in Basel viel einfacher ...

... als zum Beispiel in Zürich?

Zürich hat eine spezielle Situation: die Stadt als Störung in einem bürgerlichen Kanton. Ausserdem wird Zürich von Wirtschaftskräften bestimmt, die sich nicht mit der Stadt identifizieren. Das macht es viel schwieriger als in einem Stadtkanton wie Basel, wo es eine viel grössere Identität zwischen Politik, Wirtschaft und Kultur gibt als in Zürich. Das sind auch Unterschiede zu Deutschland: Dort sind Städte der Ort, wo politische und kulturelle Initiativen entstehen. Bei uns sitzen jedoch in den meisten Kantonsregierungen nicht überwiegend Leute aus Städten. Es sind Agglomeriten, welche

letztlich massgeblich sind. Auch in Bern ist die Stadt eine Störung.

Wobei in Bern und Zürich auch die Stadtbaumeister Einfluss nehmen.
Ja, aber die Kantonalen Bauten entstehen ja auch, diese Städte sind keine weissen Inseln im Kanton. Nochmals: wichtig ist der Verbund von Politik, Verwaltung und engagierten Fachleuten, auch die Medien spielen eine Rolle. Der politische Hebel, nach dem Sie gefragt haben, ist die Kraft aus der Synergie dieser Beteiligten.

Wo dieses Netz nicht vorhanden ist, kann sich einer noch so abstrampeln ...
... oder es werden ihm die Knöpfe zugetan, oder es stinkt ihm so, dass er geht. Das gilt natürlich für die politisch Verantwortlichen auch, wenn sie ständig mit Widerständen konfrontiert sind. Da bewundere ich Frau Koch, wie sie das durchhält gegen den Widerstand einer Wirtschaft, die Bauen sehr stark als funktionale und ökonomische Sache ansieht und nicht auch als Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft.

Eine Stadtbildkommission wie in Basel wäre in Zürich kaum denkbar.
Ja, da ist die Politik bereit, Kompetenz an Fachleute zu delegieren und diese Kompetenz nicht allein als fachliche, sondern als kulturelle Kompetenz zu akzeptieren. Das ging solange störungsfrei, als auch die Fachleute die Politiker in ihrer Kompetenz akzeptiert haben. Zu Störungen kam es, als die Stadtbildkommission die Politik zu einem gewissen Grad verachtet hat. Bei den letzten Regierungsratswahlen ist Regierungsrat Stutz als Kandidat sehr stark damit angetreten, dass die Stadtbildkommission abgeschafft werden sollte. Die Fachverbände konnten ihn dann aber überzeugen, dass die Kommission beibehalten wird.

Es gibt sie also noch?
Ja, und Regierungsrat Stutz ist darin Mitglied. Aber es sind immer noch in der Mehrheit Fachleute drin, und es ist nicht ein beratendes Gremium wie ähnliche Einrichtungen in andern Städten, sondern die Stadtbildkommission hat das Weisungsrecht. Sie kann Baugesuche ablehnen, die Verwaltung ist an den Entscheid gebunden. Natürlich kann dann der Gesuchsteller an die nächsthöhere Instanz, die Baurekurskommission, gelangen. Aber was hier wesentlich ist: Es ist ein gegenseitiger Vertrauensbeweis von Fachleuten und Politikern. Jeder akzeptiert die Kompetenz des andern. Eine der schlechten Entwicklungen der letzten dreissig Jahre ist, dass in vielen Situationen die Fachleute die Politiker verachten, auch in ihrer Kompetenz, über die Gestalt der Stadt mitzubestimmen, und Politiker die Fachleute als inkompetent und unfähig betrachten. Dabei ist die Partnerschaft unerlässlich, damit ein Engagement aller Beteiligten für die Qualität der Stadt entstehen kann.

Wie ist die Stadtbildkommission zusammengesetzt? Besteht nicht die Gefahr, dass sich auch da Interessenskonflikte einschleichen, dass zum Beispiel gewisse Architekten nicht vorgeschlagen werden?
Hier müssen die Politiker akzeptieren, dass es darum geht, die besten Fachleute zu finden, und nicht die besten Freunde. Seitens der Architekten schlagen die Fachverbände die Mitglieder vor, wobei der Regierungsrat diese auch zurückweisen kann.

Sind es immer Architekten aus Basel?
Nein, zurzeit ist auch ein Luzerner dabei. Das Reglement schreibt mindestens einen Auswärtigen vor. Von den Büros, die in den letzten Jahren bekannt wurden, sind Pierre de Meuron und Silvia Gmür in der Kommission, sodann auch ein Vertreter eines der grossen Büros, von Burckhardt und Partner. Nochmals: Das ist ein Sonderfall, da ja in den meisten Kantonen die Baubewilligungen von den Gemeinden erteilt werden, nicht vom Kanton. Meines Wissens sind das Wallis, Baselland und Freiburg die einzigen Kantone, wo die Gemeinden diesbezüglich nicht autonom sind.

Was waren wichtige Elemente Ihrer Tätigkeit?
Erstens habe ich Eigenprojektierungen, mit Ausnahme von Sonderfällen, zurückgestellt. Zweitens habe ich keine Direktaufträge erteilt in Situationen, wo ein Konkurrenzverfahren möglich war. Drittens habe ich engagiert versucht, und das ist mindestens so wichtig, dass Private bei wichtigen Vorhaben mit Wettbewerben arbeiten. Wettbewerbe nicht nur zur Lösung einer spezifischen Bauaufgabe, sondern auch als Demonstration im Rahmen einer Architekturkultur.

Der Wettbewerb als öffentliche Plattform?
Ja, bei den beiden Baulücken-Wettbewerben Spalenvorstadt und Schützenmattstrasse wollte ich, dass eine Diskussion in der Stadt entsteht. Bei einem andern Wettbewerb waren nur Architekten unter Vierzig zugelassen. Morger und Degelo bekamen von uns ihren ersten Auftrag, einen Kindergarten. Jetzt bauen sie eine grosse Wohnüberbauung an der Nordtangente – ein Direktauftrag.

Das gibt es also doch auch?
Das war ein Sonderfall. Man liess abklären, was man dort bauen kann, und dann war das Projekt so gut, dass man es realisierte. Ein Beispiel für einen Wettbewerb von Privaten ist die Wohnüberbauung am Luzernerring, etwa 300 Wohnungen mit fünf Bauträgern auf fünf Parzellen.

Genossenschaften?
Ja. Zuerst entwickelten wir ein städtebauliches Konzept und machten dann fünf Wettbewerbe gleichzeitig, mit je acht Teilnehmern auf Ausschreibung hin. Etwa sechzig Büros hatten sich gemeldet, mit den Bauherrschaften haben wir sie auf die Parzellen verteilt. Die Fachpreisrichter waren dieselben. Wichtig ist, sich in die Diskussion einzumischen, dass man nicht nur reagiert, sondern auch agiert. Dass man nicht nur von Einzelobjekten spricht, sondern von strukturellen Fragen der Stadtentwicklung. Indem man beispielsweise einen Richtplan vorgibt wie am Luzernerring, dem sich das Einzelobjekt unterziehen muss. Andererseits muss man Strukturen schützen, wo die städtebauliche Situation stimmt. Darum hat man in Basel die sogenannte Schonzone eingeführt. Das ist eine Zone, in der es keine materiellen Vorschriften gibt. Es gibt keine Maximalhöhen, keine Ausnützungsziffern – es heisst einfach, dass Neubauten sich in Grösse und Massstab dem Vorhandenen anpassen müssen. Dies ist ein wichtiges Instrument für Orte, die eine städtebauliche Struktur haben.

Ist hier auch die Stadtbildkommission zuständig?
Ja, die Schonzone wurde unter der Leitung des Präsidenten der Stadtbildkommission erarbeitet. In der Schutzzone ist die Denkmalpflege zuständig, in der Schonzone die Stadtbildkommission. In der Schonzone kann man abbrechen und neu bauen, wenn es nicht ein schutzwürdiges Einzelobjekt ist. Die Aufgabe des Kantonsbaumeisters – ich war ja zu 75 Prozent Stadtbaumeister – ist es, sich nicht nur mit der formalen Ordnung des einzelnen Elementes zu beschäftigen, sondern auch mit der strukturellen Ordnung der Stadt.

Ist die Schonzone auf Ihren Einfluss hin eingeführt worden?
Nein, das war nicht meine Erfindung. Ich war zwar in der Kommission, aber dass es die Schonzone gibt, ist auch wieder ein Ergebnis des Konsenses, von dem wir gesprochen haben.

In der Schriftenreihe zum Nationalen Forschungsprogramm 25 ist ein Buch von Carl Fingerhuth erschienen: «Die Gestalt der postmodernen Stadt», 48 Franken, ISBN 3 7281 21 23 1

Die folgenden kantonalen Bauten wurden von den jeweiligen Kantonsbaumeistern als wegweisend hervorgehoben (Auswahl):
AR: Volkskundemuseum Stein, Sporthalle Kantonsschule Trogen
BS: Rosshof, Überbauung Wiesengarten, Kindergarten Zähringerstrasse
BE: Unitobler Bern, Erwachsenenbildungszentrum Kloster Münchenwilen
JU: Ldw. Institut Courtemelon, Centre Sportif des Tilleuls Pruntrut
LU: Psychiatrieklinik Kantonsspital Luzern, Hafenareal Kriens
NE: Universität Neuenburg, Werkhof N5 Boudry
SO: Tages-HTL Solothurn
SH: Übernahme von Industriegebäuden der Georg Fischer AG
TG: Polizeikommando und Kantonalgefängnis Frauenfeld
TI: Mittelschulen Cadenazzo/Mendrisio/Stabio/Camignolo
UR: Bauernschule Seedorf, Gerichtsgebäude Altdorf (im Bau)
VD: Kt. Archiv Chavannes-près-Renens, Adm. La Pontaise Lausanne
ZG: Kantonsschule Zug, Kant. Verwaltungszentrum Zug
ZH: Zool. Museum Uni Zürich, HWV-Schule im Volkartgebäude Winterthur